

Die Parolen des Gewerbeverbands Berner KMU: 2 x Nein

Nein zur kantonalen Spitalstandort-Initiative und Nein zum schweizerischen Atomausstiegs-Begehren: Diese beiden Parolen fasste die Bernische Gewerbekammer für den Urnengang vom 27. November 2016. Die Mehrheitsverhältnisse waren klar.

Die Bernische Gewerbekammer, das Parlament von Berner KMU, behandelte die Spitalstandort-Initiative kontradiktorisch. Alt Nationalrat und Mitinitiant Rudolf Joder (SVP) erinnerte daran, dass die Schliessung der Geburtenabteilung im Spital Riggisberg eine Welle der Empörung ausgelöst hat. In der Folge wurde die Initiative lanciert, welche die Standorte der öffentlichen Spitäler und deren Angebot für mindestens acht Jahre sichern will. «Damit ermöglichen wir eine Versorgungssicherheit für alle und lenken die verfehlte Spitalpolitik wieder in geordnete Bahnen», sagte Joder. Nur ein mehrjähriger Marschhalt bringe Planungssicherheit. Die Gesundheitsversorgung in hoher Qualität müsse im ganzen Kanton garantiert sein und dürfe sich nicht bloss auf die Zentren konzentrieren. Joder ist auch überzeugt, dass mit der Initiative Kosten eingespart werden können.

Grossrat und Parteikollege Peter Brand widersprach: «Die Initiative ist rückwärtsgewandt und lässt zentrale Punkte der Gesundheitspolitik wie Wettbewerb und Flexibilität der Leistungserbringer ausser Acht». Als Mitglied der grossrätlichen Gesundheitskommission warnte Brand vor den Kostenfolgen, welche die mit der Initiative geforderte Wiedereröffnung der Geburtenabteilungen in Riggisberg und Zweisimmen auslöse. Brand hielt sodann fest, dass die Gesundheitsversorgung nicht in Gefahr ist, sondern mit den bestehenden Instrumenten gewährleistet werde, wie das Beispiel des Spitals Zweisimmen zeige, wo Investitionen von 38 Millionen Franken getätigt werden.

Nach einer ausgiebigen Diskussion votierten die Mitglieder der Gewerbekammer mit 42 zu 11 Stimmen (bei 4 Enthaltungen) für die Nein-Parole zur Spitalstandort-Initiative.

Die Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegs-Initiative)» verfolgt laut Nationalrat Hans Grunder (BDP) keineswegs das Ziel eines geordneten Ausstiegs. Für die Kernkraftwerke Beznau I, Beznau II und Mühleberg wäre wenige Monate nach erfolgter Annahme der Initiative Schluss. «Eine solche Kurzschlussbehandlung gefährdet die sichere Stromversorgung unseres Landes, macht uns vom Ausland abhängig und kann die Steuerzahlenden Milliarden Franken wegen Schadenersatzforderungen kosten», sagte Grunder. Die eidgenössischen Räte hätten mit der soeben verabschiedeten Energiestrategie den richtigen Weg für einen tatsächlich geordneten Atomausstieg aufgezeigt. Dieser Argumentation folgte die Bernische Gewerbekammer und empfiehlt die Atomausstiegs-Initiative einstimmig (bei 1 Enthaltung) zur Ablehnung.

Für zusätzliche Auskünfte: Christoph Erb, Direktor Berner KMU, Tel. 034 420 65 65.

6. Oktober 2016